



# Faktenpapier zur aktuellen energiepolitischen Situation

Hintergrundinformationen zum  
IHK-Jahresthema 2012



## 1. Ziele der „Energiewende“

Am 28. September 2010 präsentierte die Bundesregierung ihr „Energiekonzept für eine umweltschonende, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung“. Das Energiekonzept sieht vor, dass die erneuerbaren Energien in Zukunft die Hauptenergieträger in Deutschland werden, bis 2050 sollen sie stufenweise 80 % der Stromversorgung übernehmen. Damit einher gehen soll eine Senkung der Treibhausgasemissionen um 80 bis 95 %. Eingerechnet ist zudem eine Senkung des Stromverbrauchs bis 2050 um 25 % gegenüber dem Basisjahr 2008. Dabei unterstellen die Szenarien der Bundesregierung zum Energiekonzept erhebliche Stromimporte zwischen 22% und 31 %, insbesondere aus erneuerbaren Quellen im Ausland.

Als Reaktion auf den Atomunfall im japanischen Fukushima steigt Deutschland mit den Beschlüssen vom Sommer 2011 bis zum Jahr 2022 schrittweise aus der Nutzung der Kernenergie aus, will die Energieeffizienz verbessern und den Umstieg auf die erneuerbaren Energien beschleunigen. 2020 sollen diese bereits 35 % der Stromversorgung übernehmen. Diese „beschleunigte Energiewende“ ergänzt die Maßnahmen des Energiekonzepts vom September 2010. Die Ziele 2050 gelten fort. Die Bundesregierung wird die Umsetzung in einem jährlichen Monitoring-Prozess überprüfen.

## 2. Energieversorgung in Deutschland

Der jährliche Primärenergieverbrauch<sup>1</sup> in Deutschland lag 2010 bei 14.057 Petajoule (PJ)<sup>2</sup>. Unter anderem aufgrund verbesserter Technologien und der damit einhergehenden Steigerung der Energieeffizienz ist der Primär- und Endenergieverbrauch trotz stetigen Wirtschaftswachstums in den letzten 20 Jahren leicht gesunken (Verbrauch im Jahre 1990: 14.905 PJ).<sup>3</sup>

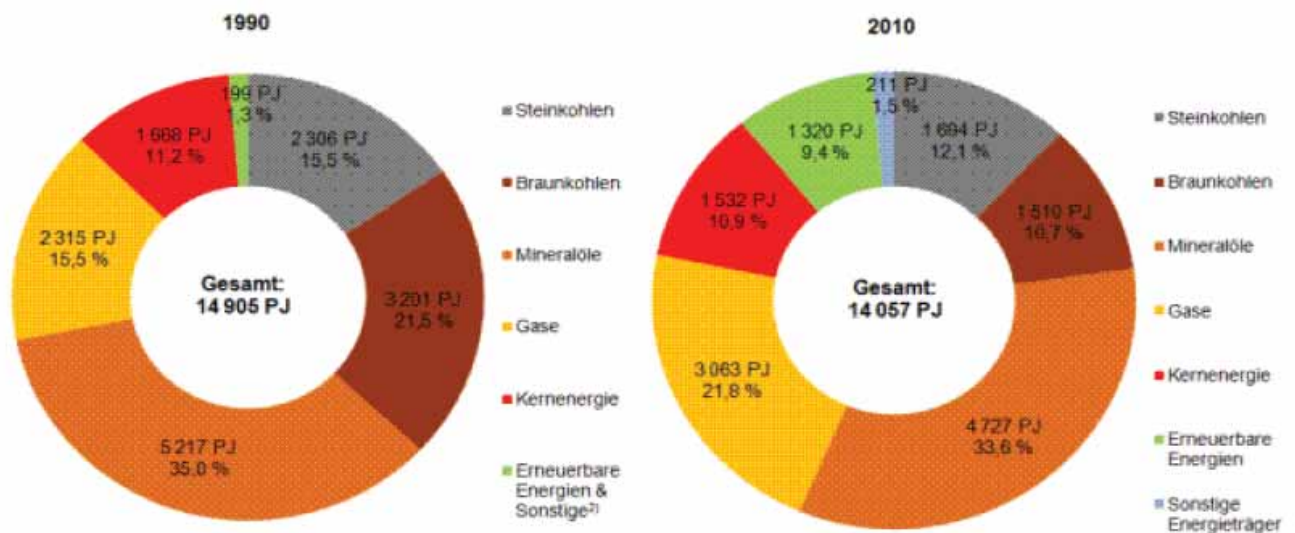
---

<sup>1</sup> Primärenergie: Die zur Deckung des Energiebedarfs zur Verfügung stehende Energie in im Wesentlichen natürlichen Energieträgern. Primärenergieträger werden in die verschiedenen Energieformen Strom, Wärme, Brennstoffe und Kraftstoffe umgewandelt.

<sup>2</sup> 1 Petajoule =  $10^{15}$  Joule = 1.000 Terajoule  $\approx$  278 Gigawattstunden

<sup>3</sup> Für 2011 erwartet die AG Energiebilanzen nach vorläufigen Berechnungen einen Primärenergieverbrauch von nur noch 13.411 PJ. Hauptursache war das milde Wetter in 2011, das den Wärmebedarf deutlich gesenkt hat.

Die nach wie vor wichtigsten Energieträger in Deutschland sind fossile Rohstoffe. An erster Stelle stehen hierbei Mineralöle. Sie machten 2010 gut ein Drittel am gesamten Primärenergieverbrauch aus, gefolgt von Erdgas mit 22 Prozent sowie Stein- und Braunkohle mit 12 bzw. 11 Prozent. Die Kernenergie lieferte knapp 11 Prozent des Primärenergiebedarfs. Der Energieträger-Mix veränderte sich in den letzten 20 Jahren zugunsten von erneuerbaren Energien und Erdgas. Der Anteil erneuerbarer Energien ist seit den neunziger Jahren von ca. einem Prozent auf gut neun Prozent gestiegen, der Beitrag von Erdgas zum Energieverbrauch erhöhte sich um sechs Prozentpunkte.



<sup>1)</sup> Berechnungen auf der Basis des Wirkungsgradansatzes.  
<sup>2)</sup> bis 1999 Erneuerbare Energien mit sonstigen Energieträgern, ab 2000 getrennte Erfassung

Abbildung 1. Entwicklung des Primärenergieverbrauchs in Deutschland nach Energieträgern 1990 und 2010. Quelle: Homepage Umweltbundesamt, <http://www.umweltbundesamt-daten-zur-umwelt.de/umweltdaten/public/theme.do?nodelident=2848>, Zugriff am 13. Oktober 2011

### 3. Stromerzeugung und -verbrauch in Deutschland

In Deutschland wurden 2010 insgesamt 621 Terawattstunden (TWh) Strom erzeugt und 604 TWh verbraucht.<sup>4</sup> Man unterscheidet zwischen Brutto- und Nettostromerzeugung (hier wird der Strombedarf der Erzeugung abgezogen). Von den genannten 604 TWh brutto gingen netto 530 TWh an die 45 Mio. Stromkunden. Der Nettoexport betrug 2010 17

<sup>4</sup> Eine Terawattstunde sind 1.000 Gigawattstunden, 1 Mio. Megawattstunden und 1 Mrd. Kilowattstunden

TWh<sup>5</sup>. Der Bruttostromverbrauch lag in den ersten drei Quartalen 2011 bei insgesamt 404 TWh und ist damit im Vergleich zum Vorjahr leicht angestiegen. Dies ist vor allem der guten konjunkturellen Lage geschuldet, denn der Stromverbrauch ist immer noch – wenn auch weniger stark als früher – abhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung.<sup>6</sup>

2006	2007	2008	2009	2010	1.-3. Quartal 2011
617,2	618,1	614,6	578,9	604,0	404

Tabelle 1: Bruttostromverbrauch in TWh

Den wichtigsten Anteil an der Stromerzeugung haben nach wie vor konventionelle Energieträger mit 59 Prozent. Die Kernenergie lieferte in den ersten drei Quartalen 2011 20 Prozent des Stroms, ihr Anteil sank damit gegenüber 2010 um 2 Prozentpunkte. Erneuerbare Energieträger liefern 21 Prozent des Stroms.

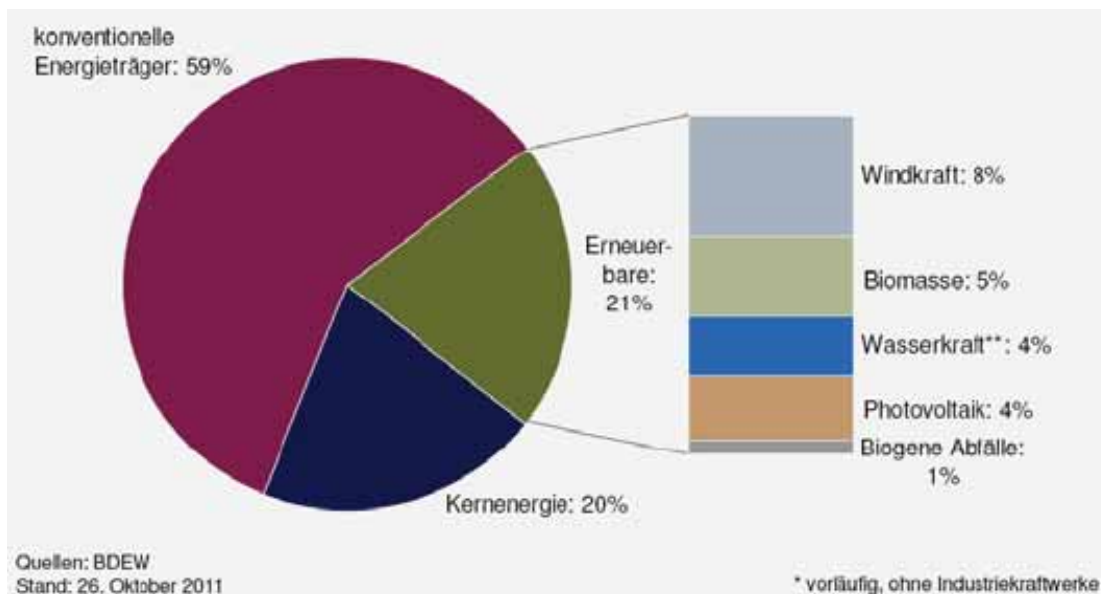


Abbildung 2: Brutto-Stromerzeugung 1. bis 3. Quartal 2011: 404 ThW

<sup>5</sup> 42 TWh wurden importiert – vor allem Kernenergie aus Frankreich. 59 TWh in ausländische Netze abgeleitet – vor allem Lastspitzen aus der Windenergie.

<sup>6</sup> Angaben der AG Energiebilanzen, [www.ag-energiebilanzen.de](http://www.ag-energiebilanzen.de)

Die Wasserkraft war bis 1999 die wichtigste Quelle erneuerbarer Energie in Deutschland, ihr Beitrag zur Stromerzeugung ist über die Jahre in etwa gleich geblieben. Seit dem Inkrafttreten des Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im Jahr 2000 wurde Energie aus Windkraft, Biomasse und Photovoltaik massiv ausgebaut. Erneuerbare Energie genießt kraft Gesetzes einen Einspeisevorrang, das heißt, dass die Netzbetreiber verfügbare Energie aus erneuerbaren Quellen immer abnehmen müssen. Für die Einspeisung werden feste Vergütungen zum Teil deutlich über den Marktpreisen gewährt, um einen Anreiz für den Ausbau zu schaffen.<sup>7</sup> Die Windenergie liefert momentan den höchsten Beitrag aller erneuerbaren Energien zur Stromerzeugung. Ihr Anteil beträgt 8 Prozent. An zweiter Stelle steht Biomasse mit 5 Prozent. Photovoltaik und Wasserkraft liefern jeweils 4 Prozent des Stroms.

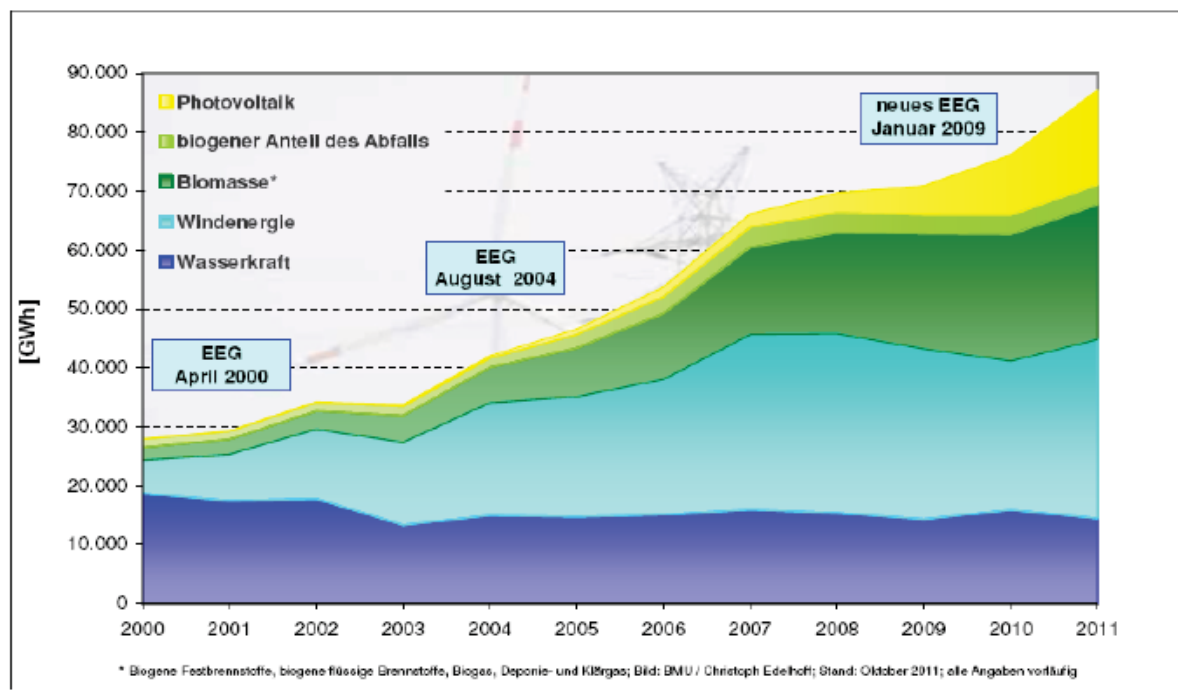


Abbildung 3: Beitrag der erneuerbaren Energien zur Stromerzeugung in Deutschland, erstes bis drittes Quartal 2000 bis 2011. Quelle: AG Energiebilanzen 2011

<sup>7</sup> Die Höhe der Einspeisevergütungen wird regelmäßig durch den Gesetzgeber angepasst. Photovoltaik wurde zunächst mit bis zu 57 ct/KWh vergütet, in den letzten Jahren wurden die Vergütungssätze halbiert und werden 2012 weiter sinken auf 24,43 bis 17,94 ct/KWh. Bei Strom aus Off-Shore-Windrädern wurde die Vergütung von 8,74 ct/KWh auf 13 ct/KWh erhöht, um die Investitionszurückhaltung zu überwinden. Die Differenzkosten (Überschuss der Einspeisevergütungen über die an der Strombörse erzielten Strompreise) lagen 2010 bei ca. 9 Mrd. Euro. Die Differenzkosten werden über eine EEG-Umlage, die jeder Stromverbraucher zu zahlen hat, ausgeglichen. Die Umlage betrug 2011 3,53 ct/KWh (Bundesumweltministerium,

Seit 2002 gehört Deutschland durchgängig zu den Nettoexporteuren von Strom. 2008 wurde mit einem Nettoexport von 20 TWh ein Maximum erreicht. Mit der Abschaltung von sechs Kernkraftwerken im Nachgang von Fukushima<sup>8</sup> sind die Stromexporte in Deutschland seit März 2011 deutlich zurückgegangen. Für 2011 wird mit einem Stromexportsaldo von 5 TWh gerechnet, der sich überwiegend aus den hohen Überschüssen der ersten zweieinhalb Monate 2011 speist.

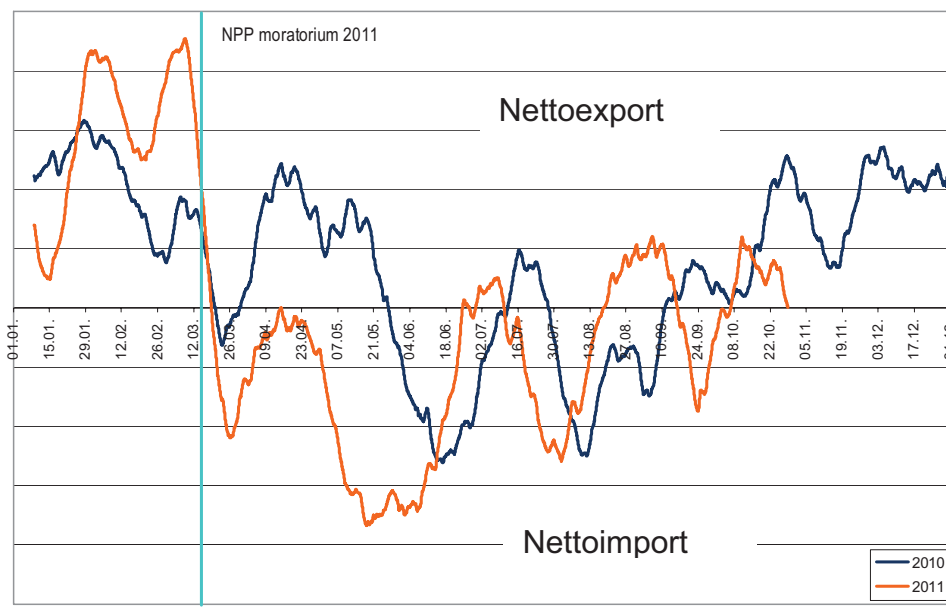


Abbildung 4: Stromaustausch in Deutschland 2010 und 2011. Quelle: European network of transmission systems operators for electricity, Grafik: BNetzA

Im Jahre 2010 bezog Deutschland den größten Anteil an importiertem Strom aus Frankreich, Tschechien und Österreich. Im Gegenzug ging in Deutschland produzierter Strom am häufigsten nach Österreich, in die Schweiz und die Niederlande.

Erneuerbare Energien 2010). Für 2012 beträgt die Umlage 3,592 Cent/kWh. Für 2013 prognostizieren die Übertragungsnetzbetreiber eine Umlage zwischen 3,66 bis 4,74 Cent/kWh.

<sup>8</sup> Die Kernkraftwerke Krümmel und Brunsbüttel waren bereits vor dem Moratorium nicht am Netz.

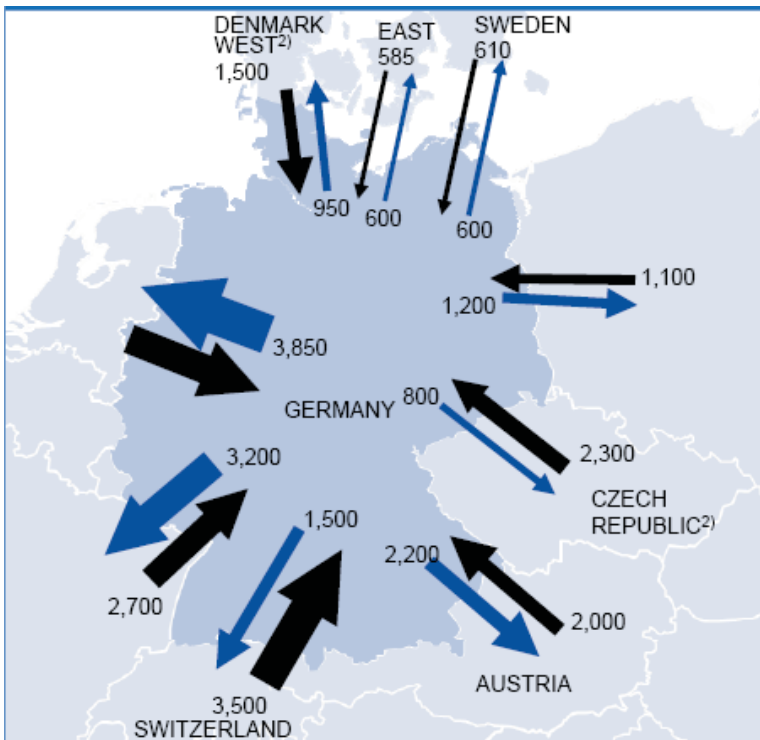


Abbildung 5: Strom Im- und Export Deutschlands (Winter 2010/2011), Quelle: RWE

Beim Stromverbrauch hat die Industrie den deutlich größten und infolge der Konjunkturerholung 2010 wieder steigenden Anteil, beim Energieverbrauch (einschließlich Öl und Gas) liegen Industrie, Haushalte und Verkehr fast gleichauf.

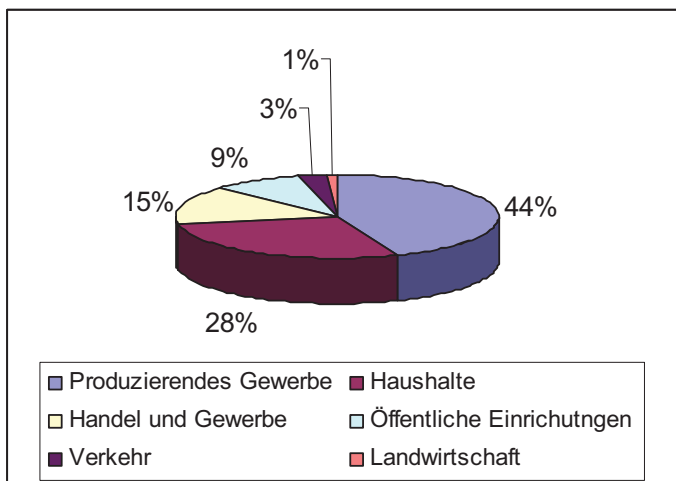


Abbildung 6: Struktur des Stromverbrauchs in Deutschland, Quelle: AG Energiebilanzen

#### **4. Kraftwerke in Deutschland, Europa und weltweit**

In Deutschland sind derzeit ca. 270 Kraftwerke bzw. Kraftwerksstandorte mit einer Leistung von jeweils über 50 MW in Betrieb. Unter den knapp 200 Kraftwerken mit über 100 MW sind 61 Kohlekraftwerke (Stein- und Braunkohle), 54 Gaskraftwerke und 8 Ölkraftwerke. Knapp 15 Großkraftwerke werden von großen Unternehmen betrieben (u.a. Thyssen Krupp, BASF, Volkswagen).

Nach der vorzeitigen Außerbetriebnahme der sieben ältesten Kernkraftwerke und dem Kernkraftwerk Krümmel im Sommer 2011 sind noch neun Kernkraftwerke in Betrieb. Die mit dem Moratorium abgeschalteten Kraftwerke (Biblis A und B, Neckarwestheim 1, Unterweser, Philippsburg 1, Isar 1) haben 2010 insgesamt 43,6 TWh brutto erzeugt. Brunsbüttel war 2010 komplett nicht am Netz, ebenso das nach 1980 errichtete Kraftwerk Krümmel.

In Europa existieren über 170 Kernkraftwerke, davon befinden sich 135 in den Mitgliedsstaaten der EU. Besonders hohe Anteile an der Stromerzeugung hat die Kernkraft in Frankreich mit 58 laufenden Kernkraftwerken (75 %), in der Slowakei (54%), in Belgien (54%) und in der Ukraine (49%). Weltweit sind 438 Kernkraftwerke in Betrieb, 56 im Bau und 154 in Planung. Die USA mit 104 KKW, Japan mit 55 und Russland mit 32 sind neben Frankreich führend. Ehrgeizige Bau- und Planungszahlen gibt es in China (24 im Bau, 33 in Planung) und Indien (4 im Bau, 20 in Planung).

Rund 1.100 Stromversorgungsunternehmen sind in Deutschland heute in den Bereichen Erzeugung, Übertragung, Verteilung, Handel und Vertrieb tätig. Darunter sind unter anderem rund 50 reine Stromerzeuger, vier Übertragungsnetzbetreiber, rund 70 regionale und überregionale Versorger, 24 größere Stadtwerke, über 700 mittlere und kleinere Stadtwerke und rund 100 kleine private Versorger. Mit der European Energy Exchange AG (EEX) besteht seit 2002 eine einheitliche Strombörse in Deutschland.

#### **5. Stromkosten für Verbraucher und Unternehmen**

Der Strompreis, den jeder Verbraucher bezahlt, setzt sich aus verschiedenen Faktoren zusammen: Die größten Anteile haben die Kosten für Energieerzeugung und Vertrieb (38 %), Netzkosten (24 %), Mehrwertsteuer (16 %) und Stromsteuer (8 %). Knapp 40 % des Strompreises ergab sich 2009 durch staatliche Steuern und Abgaben (Konzessionsabgabe, KWK-Umlage<sup>9</sup>, EEG-Umlage<sup>10</sup>, Stromsteuer und Umsatzsteuer). 2010 stieg der „Staatsanteil“ auf 45 % und dürfte auch 2011 weiter gestiegen sein.

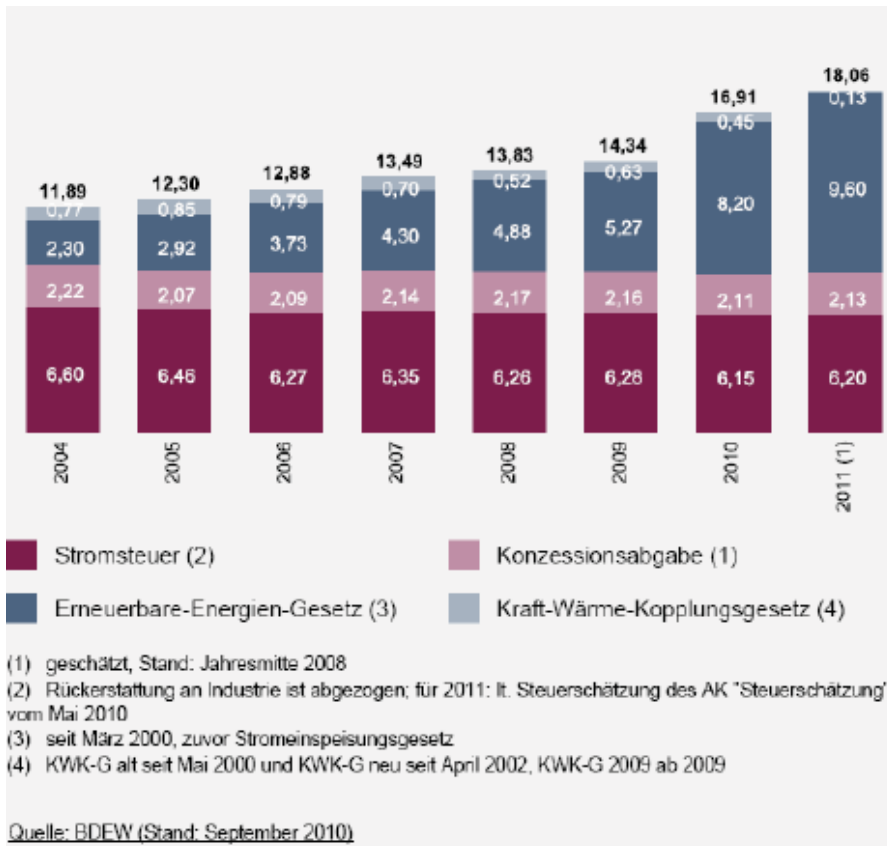


Abbildung 7: Zusammensetzung des Strompreises 2009. Quelle: BMWi, [www.energie-verstehen.de](http://www.energie-verstehen.de)

Insgesamt sind die durch den Staat verursachten Kosten für die Stromkunden in den letzten Jahren stetig und deutlich angestiegen. Insbesondere das 2002 in Kraft getretene Erneuerbare-Energien-Gesetz führt zu steigenden Belastungen für die deutschen Haushalte. 2004 betrug die Kosten für den Einspeisevorrang von Strom aus Erneuerbaren Energien 2,3 Mrd. Euro, in 2011 waren es bereits ca. 9,6 Mrd. Euro.

<sup>9</sup> Umlage für Kraft-Wärme-Kopplung; Betreiber erhalten einen Zuschlag auf den erzielten Preis, die Summe der Zuschlagsbeträge wird wiederum auf alle Stromverbraucher umgelegt.

<sup>10</sup> Siehe Fußnote 6



**Abbildung 8: Durch den Staat verursachte Belastungen aller Stromkunden in Deutschland (ohne Mwst. für Haushaltskunden) in Mrd. Euro**

Der Durchschnittshaushalt in Deutschland besteht aus drei Personen und hat einen Stromverbrauch von 3.500 Kilowattstunden. Die Kilowattstunde kostete 2010 im Durchschnitt 23,7 Cent und ist 2011 bedingt durch höhere EEG-Umlage auf 24,9 Cent gestiegen. Der Durchschnittshaushalt wird damit 2011 auf eine Rechnung von 871,50 € kommen.



Abbildung 9: Entwicklung der Strompreise in Deutschland. Quelle: BMWI, [www.energie-verstehen.de](http://www.energie-verstehen.de)

Betrachtet man die reinen Stromerzeugungskosten, so liegt die Kernenergie knapp hinter der Braunkohle und der Steinkohle. Das Bild ändert sich aber deutlich, wenn man die Preise für Emissionshandelszertifikate<sup>11</sup> mit berücksichtigt.

Für die unterschiedlichen Energieträger ergibt sich folgendes Bild der Stromerzeugungskosten<sup>12</sup>:

Braunkohle	2,8 ct/kWh (mit Zertifikatskosten 6,2 ct/KWh)
Steinkohle	3,3 ct/kWh (mit Zertifikatskosten 6,1 ct/KWh)
Kernenergie	3,5 ct/KWh
Gas	4,2 ct/kWh; (mit Zertifikatskosten 5,8 ct/KWh)
Wasserkraft	10,2 ct/kWh;
Wind (on-shore)	5,9 bis 7,9 ct/kWh;
Wind (off-shore)	unbekannt, Einspeisevergütung in Höhe von 15 ct/KWh

<sup>11</sup> Auf Basis des Kyoto-Protokolls hat die EU mit der Richtlinie 2003/87/EG ein System für den Handel mit Emissionsrechten geschaffen, um den Ausstoß von Kohlendioxid zu begrenzen. Die Zertifikate werden u.a. an der Strombörse in Leipzig gehandelt. Ein Zertifikat für die Emission von einer Tonne Kohlendioxid kostete Mitte 2011 17,05 Euro.

<sup>12</sup> Quellen: [www.energie-verstehen.de](http://www.energie-verstehen.de), das Informationsportal des BMWi für Verbraucher. Dort wird wiederum Bezug genommen auf eine Untersuchung des Instituts für Energiewirtschaft und rationelle Energieanwendung IER der Universität Stuttgart von 2008. Für Photovoltaik und on-shore Wind wurden die – niedrigeren - Zahlen zugrunde gelegt, die das Fraunhofer-Institut für solare Energiesysteme IES im Dezember 2010 ermittelt hat ([www.ise.fraunhofer.de](http://www.ise.fraunhofer.de)). Aufgrund der steilen Lernkurven im Bereich der Photovoltaik liegen die Kosten bereits deutlich unter dem in der Tabelle angegebenen Wert.

Biomasse	9,6 ct/kWh;
Photovoltaik	30 – 35 ct/kWh., Einspeisevergütung in Höhe von 17,94 – 24,43 ct/kWh.

Fällt die Kernenergie (teilweise) weg, hat das Auswirkungen auf das sogenannte Grenzkraftwerk, das als letztes (und dann teuerstes) zugeschaltet wird. Dessen Preis bestimmt dann den Handelspreis an der Strombörse. Schätzungen belaufen sich auf eine Erhöhung des Strompreises von ca. sechs Prozent. Die Kilowattstunde würde in diesem Fall auf 26,3 Cent steigen, die Gesamtrechnung für den Durchschnittshaushalt auf 923,80 €. Derartige Schätzungen sind aber derzeit mit einigen Unsicherheiten behaftet. Aktuell hat der Strompreis fast wieder den Wert von vor dem Moratorium erreicht. Ob das bedeutet, dass die Abschaltung nur einen temporären Einfluss auf die Strompreise hatte oder andere Faktoren eine Rolle spielen, ist derzeit Spekulation.

Industrie- und Gewerbekunden haben Sondertarife, die sich aber an den Entwicklungen an der Strombörse EEX orientieren. Da Industriekunden Strom eher kurzfristig beziehen, treten preissteigernde Effekte generell schneller auf als bei Privatkunden.

## 6. Ausbau der Energienetze und Speicherkapazitäten in Deutschland

Die deutschen Stromversorger unterhalten Stromnetze mit insgesamt 1,7 Millionen Kilometer Leitungen und über 557.000 Transformatoren, die die Verbindung von Stromnetzen mit unterschiedlichen Spannungsebenen ermöglichen.

Die Stromleitungen sind für unterschiedliche Zwecke in vier Spannungsebenen gegliedert: In den überregionalen Übertragungsnetzen wird mit Höchstspannung (220 bis 380 Kilovolt (KV)) gearbeitet. Das Übertragungsnetz verteilt klassischer Weise die von Kraftwerken und Windkraftanlagen erzeugte und ins Netz eingespeiste Energie landesweit an Leistungstransformatoren, die nahe an den Verbrauchsschwerpunkten liegen. Auch ist das Übertragungsnetz über sogenannte Kuppelleitungen an das internationale Verbundnetz angeschlossen. Kunden in diesem Bereich sind regionale Stromversorger und sehr große Industriebetriebe. In regionalen Verteilungsnetzen wird mit Hochspannung (36 bis 110 KV)

und Mittelspannung (sechs bis 36 KV) gearbeitet. Hochspannungsnetze sorgen für die Grobverteilung elektrischer Energie. Das Mittelspannungsnetz verteilt die elektrische Energie an die regional verteilten Transformatorenstationen oder größere Einrichtungen wie zum Beispiel Fabriken. Stadtwerke, die ebenfalls kleinere Kraftwerke oft auch mit Kraft-Wärme-Kopplung betreiben, speisen ihren Strom in das Mittelspannungsnetz. Kunden sind lokale Stromversorger und Industrie bzw. größere Gewerbebetriebe. Die Niederspannungsnetze (0,4 Kilovolt) sind für die Feinverteilung zuständig. Aus den lokalen Verteilungsnetzen beziehen vor allem Haushalte, kleinere Gewerbebetriebe und Landwirtschaft Strom. Kleine - etwa private - Photovoltaikanlagen speisen Überschussleistung auf dieser Niederspannungsebene ein. In Zukunft wird Strom verstärkt in beide Richtungen fließen (bidirektional): Das heißt neben dem klassischen Weg von den Übertragungsnetzen über die Verteilnetze bis zum privaten Haushalt, fließt Strom auch von Verteilnetzen in die Übertragungsnetze. Die Verteilnetze müssen deshalb zu kleinen Übertragungsnetzen ausgebaut werden.

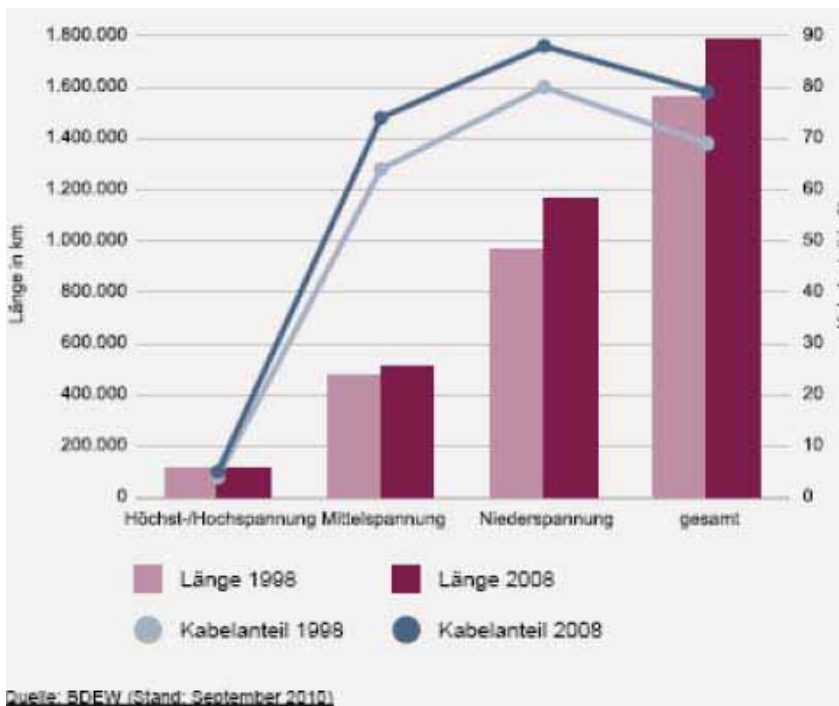


Abbildung 10: Länge der Freileitungen und Kabel in Km

Die für die Versorgung nötigen Netze sind „natürliche Monopole, Wettbewerb findet nicht statt. Damit die Netzbetreiber ihre Position nicht missbräuchlich ausnutzen, werden die Entgelte, die die Unternehmen für die Nutzung der Netze entrichten müssen (Netznut-

zungsentgelte), durch die zuständige Regulierungsbehörde staatlich kontrolliert. Die Preise für die eigentliche Energielieferung unterliegen dagegen dem Wettbewerb.

Die Veränderung der Erzeugungslandschaft durch den Ausbau erneuerbarer Energien macht eine Modernisierung der Übertragungsnetze notwendig. Das heutige Stromnetz ist durch historisch gewachsene Erzeugungsstrukturen geprägt. Die Stromerzeugung liegt relativ nah an den Verbrauchszentren. In Zukunft wird die Stromerzeugung auf See und in den Küstenregionen deutlich zunehmen. Zusätzlich werden viele dezentrale Erzeugungsanlagen, etwa Photovoltaik und Biomasse, Strom in das Netz einspeisen. Darüber hinaus wird Deutschland aufgrund seiner geografischen Lage zunehmend am Stromaustausch in Europa teilnehmen.

Die Netze wurden im Zuge der EU-rechtlich festgelegten eigentumsrechtlichen Entflechtung (Unbundling) inzwischen von den Energieerzeugern veräußert oder in eine selbstständige Unternehmenseinheit ausgegründet. Die vier deutschen Netzbetreiber unterliegen hinsichtlich der Qualität ihrer Leistungen und ihrer Preise der Regulierung durch die Bundesnetzagentur (BNetzA).

Insgesamt besteht nach Schätzungen der Bundesnetzagentur bis 2020 ein zusätzlicher Trassenbedarf bei den Übertragungsnetzen von bis zu 5200 km. Dies entspricht einem Ausbau des heutigen Übertragungsnetzes um knapp 20 %. Grundlage für diese Schätzung sind eine Studie der Deutschen Energie-Agentur (dena) und das 2009 verabschiedete Energieleitungsausbaugesetz (ENLAG) für den Ausbau von Höchstspannungen. Die Kosten für den gesamten Ausbau belaufen sich auf 29 bis 46 Mrd. Euro. Am 03.06.2012 wird die Bundesnetzagentur zudem den sogenannten Nationalen Netzentwicklungsplan veröffentlichen, der weitere Details zum Ausbau von Höchstspannungsnetzen gibt. Bislang sind von 1.800 Kilometern Übertragungsnetzen, die mit dem ENLAG als prioritär eingestuft wurden, nur 214 gebaut. Die Zeitverzögerung beträgt schon heute bis zu vier Jahre.

Probleme bereiten vor allem die Planung und Genehmigung der Trassen: Planungsprozesse von acht bis zehn Jahren gelten als normal. Widerstände in der Bevölkerung gegen einzelne Abschnitte neuer Leitungen behindern die schnelle Modernisierung der Netze.

Um die „Energiewende“ schneller durchzusetzen wurde das Netzausbaubeschleunigungsgesetz (NABEG) erlassen. Das Bundeswirtschaftsministerium hat zudem eine Netzplattform gegründet, in der auch Fragen der Erhöhung gesellschaftlicher Akzeptanz in einer Arbeitsgruppe diskutiert werden. Der DIHK ist in dieser Arbeitsgruppe vertreten.

## 7. Die Rolle der EU

Energiepolitik hat immer eine wichtige Rolle für die europäische Integration gespielt, schließlich begann diese mit der „Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ (1951) und der noch immer existierenden „Europäischen Atomgemeinschaft“ (1957). Seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon am 01.12.2009 sind die energiepolitischen Zuständigkeiten und Kompetenzen der EU in einem eigenen Artikel (194 AEUV) genau festgelegt. Die Energiepolitik der EU verfolgt demnach folgende Ziele:

- die Sicherstellung des Funktionierens des Energiemarkts;
- die Gewährleistung der Energieversorgungssicherheit;
- die Förderung von Energieeffizienz und Energieeinsparungen;
- die Entwicklung neuer und erneuerbarer Energiequellen sowie
- die Förderung der Interkonnektion der Energienetze.

In all diesen Bereichen gibt es bereits umfassende Regelungen der EU, die die deutsche Energiepolitik maßgeblich mitbestimmt haben und auch künftig mitbestimmen werden. So ist etwa die Liberalisierung der Strom- und Gasmärkte und die Schaffung eines einheitlichen europäischen Energiebinnenmarktes seit Ende der 90er Jahre im Gange und soll bis 2014 vollendet werden.

Den politischen Rahmen der aktuellen EU-Energiepolitik bilden die drei 2007 beschlossenen Ziele, bis 2020 1) die Treibhausgasemissionen um 20 % (gegenüber 1990) zu senken, 2) den Anteil der Erneuerbaren Energien auf 20 % zu erhöhen und 3) den Gesamtenergieverbrauch um 20 % zu verringern. Mit dem EU-Emissionshandelsystem und der Erneuerbare-Energien-Richtlinie wurden diese Ziele in verbindliches EU-Recht integriert. Zudem beraten das Europäische Parlament und der Rat zurzeit über eine neue Energieeffizienz-Richtlinie.

Trotz dieses breiten Spektrums der europäischen Energiepolitik hat die EU in einer entscheidenden Frage keine Kompetenz: Beim Energiemix. Es obliegt nach wie vor allein den Mitgliedstaaten, welche Energiequellen sie in welchem Maße nutzen und wie sie ihre Energieversorgung ausgestalten. Dies betrifft insbesondere die Nutzung der Kernenergie, die aktuell in 14 von 27 Mitgliedstaaten erfolgt. Nach den Ereignissen in Fukushima haben die Staats- und Regierungschefs beschlossen, alle 135 Kernkraftwerke in der EU nach gemeinsamen Kriterien einer Risiko- und Sicherheitsbewertung („Stresstest“) zu unterziehen. Deren Ergebnisse sollen Mitte 2012 vorgelegt werden. Welche Konsequenzen aus den Stresstests gezogen werden, obliegt aber wiederum allein den Mitgliedstaaten. Die EU hat keine Handhabe, zum Beispiel Abschaltungen von älteren KKWs anzuordnen. Allerdings ist für 2012 eine Überprüfung der EU-Richtlinie für die nukleare Sicherheit kerntechnischer Anlagen angekündigt, die möglicherweise gesetzliche Änderungen nach sich ziehen könnte.

Berlin/Brüssel, 22. Dezember 2011

Ansprechpartner: Dr. Sebastian Bolay, Corinna Grajetzky, Dr. Hermann Hüwels